Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.56 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 275 | **Dienstag den 24. November 1931** | **89. Jahrgang**

Die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats

Unbefriedigendes Ergebnis

Berlin, 23. Nov. Amtlich wird mitgeteilt:

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, der sich zu diesem Zwecke in die Reichskanzlei begeben hatte, fand am Montag vormittag die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen, worauf Reichsbankpräsident Dr. Luther und einige Reichsminister und Mitglieder des Wirtschaftsbeirates ergänzende Ausführungen machten. Wie die Reichsregierung bei Einberufung des Wirtschaftsbeirats und erneut im Verlauf seiner Verhandlungen erklärt hat, ist sie sich ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung voll bewußt, unter eigener Verantwortung die für die Gesundung der Wirtschaft notwendigen Maßnahmen beschleunigt zu treffen.

Der Reichspräsident

betonte in seiner Schlußansprache, daß der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung eine wertvolle Hilfe geleistet habe. In grundlegenden Fragen sei es gelungen, eine gemeinsame Linie zu finden. Insbesondere stimme der Wirtschaftsbeirat mit der Reichsregierung in ihrer Auffassung über Zweck und Ziel der jetzt erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen überein. Die Pflicht des Handelns liege nun bei der Reichsregierung. Gestützt auf die beschlossenen Leitsätze und die aus der Aussprache gewonnenen Anregungen werde die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maßnahmen beschließen, die zur Wiedergesundung der Wirtschaft und der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens notwendig seien. Er hoffe, daß das Reichskabinett die erforderlichen Entschließungen mit aller Beschleunigung fassen werde.

Reichskanzler Dr. Brüning faßte das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirats getätigten Arbeiten zusammen. Er sagte u. a.: Der Wirtschaftsbeirat stellte sich auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen seien bei der Aufgabe, die Aufwendungen der gesamten deutschen Wirtschaft an die durch Währungsverhältnisse und andere Gründe bedingten Preisentwicklung auf dem Weltmarkt anzupassen. Erste Voraussetzung einer Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft sei der Ausgleich der Haushalte bei Reich, Ländern und Gemeinden. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen. Zur Frage der Preisbildung sei notwendig, insbesondere die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Systematische Aufhebungen sämtlicher Preisbindungen werde jedoch nicht empfohlen. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an aufzustellende Richtlinien nicht eintrete, erscheine allerdings sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich. Bei Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in weitem Ausmaß unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Daher hält der Wirtschaftsbeirat eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheine eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei müsse der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auf dem Gebiet des Schlichtungswesens sei eine veränderte Handhabung notwendig. Der Inhalt der Tarifverträge müsse sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Der Wirtschaftsrat ist übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft als unbedingt notwendig anzustreben ist. Die Habenzinsen müßten auf einen angemessenen Betrag ermäßigt und der Risikoaufschlag individueller festgesetzt werden.

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten sei vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich. Wenn auch eine Senkung der Personentarife und eine allgemeine Senkung der Frachtentarife nicht möglich erscheine, so doch für besonders wichtige Güter und für besonders notleidende Bezirke und Wirtschaftszweige. Die Reichsregierung werde nachdrücklich auf die Landes- und Kommunalbehörden einwirken, um eine fühlbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom zu erreichen.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft hält der Wirtschaftsbeirat eine Herabsetzung der Mieten zur Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten. Das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sei weiter vorzurücken, dabei jedoch das soziale Mieterrecht für Inhaber kleiner und kleinster Wohnungen und für kinderreiche Familien sicherzustellen. Eine sofortige Aufhebung der Hauszinssteuer erscheine nicht möglich, jedoch sei gestaffelter Abbau wünschenswert.

Der Wirtschaftsrat weist weiter auf die Maßnahmen zur Bankenorganisation hin, die durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 19. September getroffen worden sind und auf die Maßnahmen zur Sicherung der Ernte im Osthilfegesetz. Ueberall in Deutschland müßte im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe sichergestellt werden.

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten

Berlin, 23. Nov. Die in der allgemeinen Mitteilung über die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates bereits erwähnten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther hatten zusammenfassend folgenden Gedankengang:

Es ist sehr zu begrüßen, daß im Wirtschaftsbeirat über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Währung nicht nur Uebereinstimmung geherrscht hat, sondern daß die Zusammenhänge in größter Klarheit erkannt worden sind. Von der Währung her oder mit Mitteln der Kreditpolitik kann über das hinaus, was bereits jetzt geschieht, ein Anstoß zur Belebung der Wirtschaft nicht gegeben werden. Zwei Notwendigkeiten seien es vor allem, auf die es vom Standpunkt der Währung und vom Standpunkt der Kreditpolitik der Reichsbank aus ankommt, nämlich die Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen und die Belebung des Vertrauens der deutschen Wirtschaft im In- und Auslande. Die Reichsbank wird, wobei das oberste Gesetz aller Währungspolitik die Vermeidung jeder Währungsentwertung bleibt, nach Erfüllung dieser Voraussetzungen jede zur Erleichterung der Wirtschaft und damit zur Abmilderung der Arbeitslosigkeit geeignete Maßnahmen ergreifen. Reichsregierung und Reichsbank müssen daher alle erforderlichen und nötigen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrates treffen. **Was den Geldzins anbetrifft, so ist Deutschland wegen seiner Abhängigkeit von der Devisenlage zurzeit in der Gestaltung der Diskontpolitik ungemein gehindert und eingeengt.** Umso mehr wird man die anderen Absichten und Empfehlungen des Wirtschaftsbeirates verwirklichen müssen, wie z. B. von der Seite der Habenzinsen und der Verringerung der Zinsspannen auf Verbilligung der Zinssätze hinzielen. Gegenüber illusionistischen Währungs-Projekten, die immer wieder an die Reichsregierung und Reichsbank herangebracht werden, wird die klare Einsicht und Stellungnahme des Wirtschaftsbeirates von größter Bedeutung sein. **Zu einer auf internationaler Basis möglichen Antideflationspolitik, die den entscheidenden Anstoß zu der Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise geben würde, kann Deutschland nur wenig beitragen.** Für Deutschland kommt es vielmehr bei aller möglichen Pflege des inneren Marktes darauf an, innerhalb der Krise nicht an den Voraussetzungen seiner internationalen Wirtschaftsarbeit notzuleiden. **Hinsichtlich der Preise und Unkosten sind noch wichtige Teile unseres Wirtschaftslebens von der Kostensenkung nicht hinreichend ergriffen.** Darüber hinaus ist dem Problem der Pfundentwertung noch in keiner Weise ausreichend Rechnung getragen, weil die Auswirkungen der Pfundkrise für Deutschland nicht voll erkennbar geworden sind.

In Deutschland muß das, was England von der Pfundentwertung von der Geldseite her getan hat, wenn die deutsche Stellung der Welt behauptet werden soll, von der Preis- und Unkostenseite her getan werden. Dieser allgemeine Senkungsvorgang wird sich, wenn er in hinreichender Breite und mit allem Nachdruck durchgeführt wird, nicht als Wertminderung der inneren Kaufkraft auswirken. Von entscheidender Bedeutung, und zwar auch gerade unter den Gesichtspunkten der Währung aber ist, daß jetzt umfassend und durchgreifend gehandelt wird.

Blätterstimmen über die Leitsätze des Wirtschaftsbeirates

Berlin, 23. Nov. Die Leitsätze des Wirtschaftsbeirats, die in den meisten Abendblättern in großer Aufmachung und sehr ausführlich wiedergegeben werden, werden bisher nur von einigen Zeitungen besprochen.

Die „Vossische Zeitung" schreibt, man wird in den Leitsätzen lauter alten Rezepten begegnen, nicht einem Gedanken, der nicht schon gedacht, nicht einer Empfehlung, die nicht schon empfohlen worden ist. Wir bekommen abgegriffene Münzen, sorgfältig in die Watte von Vorbehalten gepackt. Der Wirtschaftsbeirat war ein überflüssiges, zeitraubendes Zwischenspiel und die Regierung kann nun, kaum klüger geworden, dort fortfahren, wo sie die große Pause eintreten ließ, um das Gremium des Beirates einzuschalten. Das Fazit ist: Es ist Zeit verloren gegangen, die das Reichskabinett einholen muß, ohne daß unter der Eile das Werk leidet.

Der „Börsencourier" sieht in den Leitsätzen „trotz mancher Mängel und Lücken" endlich ein geschlossenes Bekenntnis der Vertreter deutscher Wirtschaft zu der Zweckmäßigkeit einer Wirtschaftspolitik, die sich die Regierung mit der heutigen Verkündung durch den Kanzler eigentlich schon zu eigen gemacht habe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die sich die eingehende Würdigung der sachlichen Arbeitsergebnisse vorbehält, wertet das politische Gesamtresultat. Es bleibe festzustellen, daß es sich zwar nicht um ein Fiasko handele, das die Initiative des Reichspräsidenten nachträglich als einen schweren Fehler erscheinen lassen würde, wohl aber um einen höchst allgemeinen Rahmen zusammengesetzter, vielfach verklausulierter und manchmal wenig verbindlicher Formulierungen, der durch gesetzgeberische Taten erst ausgefüllt werden müsse. Wie immer man die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates beurteile, entscheidend sei das, was die Regierung zu machen gewillt sei.

Die „Deutsche Tageszeitung" bezeichnet die zusammenfassenden Formulierungen der Verhandlungen an und für sich als ein Programm, das man trotz der im allgemeinen wenig konkreten Fassung mit durchaus zustimmender Kritik begleiten könne. Das Entscheidende sei, daß nunmehr endlich, nach wochenlanger Verzögerung, die Regierung zum Handeln gedrängt werde.

Das „Berliner Tageblatt" nennt den politischen Ertrag der Beratungen „besonders gering". Wenn Landwirtschaft und Arbeiterschaft nicht einverstanden seien, so sei die gemeinsame Linie nicht mehr zu sehen. Mit Befriedigung sei festzustellen, daß das Tarifrecht in seinen Grundlagen nicht angetastet worden sei. Das sei ein wichtiges Aktivum für die erhoffte Zukunft, in der unsere zerstörte Wirtschaft wieder aufgebaut werden solle.

Der „Vorwärts" bezeichnet eine neue Aktion zur Senkung der Reallöhne „nicht nur als eine Barbarei und wirtschaftliche Sinnlosigkeit", sondern auch als eine politische Handlung von nicht absehbarer verhängnisvoller Bedeutung. Das Blatt veröffentlicht eine Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der gesagt wird, daß der Beirat keine Leitsätze beschlossen habe. Die Erklärung des Kanzlers erhielt nur eine Zusammenfassung der Ausschußarbeiten.

Die Sozialdemokraten beim Kanzler

Berlin, 23. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Montag abend eine Abordnung zum Kanzler geschickt, um mit ihm über politische Fragen zu sprechen. Vielleicht ist das schon die erste Einleitung für den Endkampf um die wirtschaftlichen Notverordnungen. Der Kanzler hat sich am Sonntag noch alle Mühe gegeben, den sozialistischen Gewerkschaftsführer Graßmann von der Abgabe einer Erklärung im Wirtschaftsbeirat abzubringen. Das ist jedoch nicht gelungen. Die Gegensätze zwischen dem Kanzler und den Sozialdemokraten müssen also umso schärfer werden, je mehr sich der Kanzler in dem Notprogramm von den Minimalforderungen der Sozialdemokraten entfernt. Wir glauben zwar noch nicht, daß die Sozialdemokratie, wenn am Donnerstag ihr Parteivorstand zusammentritt, sich bereits endgültig schlüssig werden wird. Aber die Gefahr besteht jedenfalls für den Kanzler, daß nach seinem Wirtschaftsprogramm die Sozialdemokratie ihm die Neutralität kündigt und dann schon für einen Antrag auf Einberufung des Reichstags eine Mehrheit zusammenbringt.

Die neuen Pläne der Reichsregierung

Berlin, 23. Nov. Das Reichskabinett will, nachdem die Beratungen des Wirtschaftsbeirats abgeschlossen sind, in wahrscheinlich täglichen Verhandlungen die neue Notverordnung ausarbeiten, die möglichst noch in den letzten Novembertagen bekannt gegeben werden soll. Die Regierungsmaßnahmen müßten sich nach Lage der Dinge über drei Gebiete erstrecken: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Finanzpolitik.

1. Das Gebiet der Wirtschaftspolitik gibt nach den Leitsätzen zunächst keine allzuweitgehenden Möglichkeiten amtlicher Eingriffe, da weitgehend die freie Vereinbarung bei der Preis- und Zinssetzung den amtlichen Maßnahmen vorangehen soll. Ebenso wird zur gleichzeitigen Senkung der Löhne weniger eine Notverordnung erforderlich sein, als vielmehr Anweisungen an die Schlichter, Tarifverträge auf kurze Frist abzuschließen, um die einzelnen Etappen von Preis- und Lohnbewegung einander anzupassen.

2. Die Sozialpolitik wird im Sinne eines Umbaues der Unfall- und Invalidenversicherung beabsichtigt werden müssen, wie der Reichsarbeitsminister Stegerwald wiederholt angekündigt hat.

3. Die finanzpolitischen Maßnahmen dürften wieder, wie bei früheren Notverordnungen zur Sicherung des öffentlichen Haushalts getroffen werden. Dabei wird es sich um gewisse Aenderungen der früheren Notverordnungen handeln, sowie um eine Anpassung der Vorschriften über Sparkassen usw. an die mit Bayern getroffenen Abmachungen. Außerdem müßten vor allem zur Sicherung der Länderhaushalte neue Einnahmequellen geschaffen werden.

Erwägungen schweben über eine Verdoppelung der Umsatzsteuer, die zu 30 Prozent den Ländern und zu 70 Prozent dem Reiche zufällt

Ihr Ertrag war im letzten Haushalt mit 1040 Millionen angesetzt. Die Summe hat aber diese Höhe wegen des Absinkens des Warenverkehrs und der Warenpreise nicht erreicht. Jetzt müßte aus der Umsatzsteuer ein Mehrertrag von etwa einer Milliarde erzielt werden, wobei wohl, um den Notcharakter dieser Maßnahme zu kennzeichnen, nur eine befristete Erhöhung in Betracht kommen könnte. Gesprochen wird weiter über die Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer, nicht, wie man früher vermutete, als Mittel zur Zinssenkung, sondern ebenfalls als Einnahmequelle. Die am 1. Januar ds. Js. aufgehobene Kapitalertragsteuer brachte Einnahmen in Höhe von 200 Millionen, die aber auf die Einkommensteuer der betroffenen Kreise verrechnet wurden, während jetzt eine neue Kapitalertragsteuer nicht auf die Einkommensteuer angerechnet werden könnte, wenn sie Mehreinnahmen bringen soll.

Der ganze Komplex der Notverordnung wird erst in den kommenden Kabinettsberatungen festgelegt werden. Was bis jetzt in politischen Kreisen darüber gesprochen wird, ist aus Erwägungen entstanden, die noch nicht abgeschlossen sind. Immerhin stehen die Grundlinien der Wirtschaftspolitik jetzt einigermaßen fest, und der Mehrbedarf an Einnahmen ergibt sich ebenfalls aus der Lage der Länder- und Gemeindefinanzen, die besonders unter der Wohlfahrtserwerbslosigkeit leiden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Wahrheit über die „Großpensionäre“

Berlin, 23. Nov. Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Die Bezüge der sogenannten Großpensionäre werden seit geraumer Zeit, je nach der Parteieinstellung, mehr oder weniger lebhaft oder leidenschaftlich, oft genug auch mit einem erheblichen Schuß Demagogie erörtert. Auch der in diesen Tagen zusammengetretene Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstages hat sich in seiner Sitzung vom 20. November mit einem Antrag auf Kürzung der hohen Pensionen beschäftigt. Die Beratungen gaben dem Reichsminister der Finanzen Gelegenheit, sich zu dieser Frage zu äußern. Reichsfinanzminister Dietrich führte hierbei aus, daß es bei der rechtlichen Schwierigkeit der Materie der Reichsregierung erwünscht sei, wenn durch einen verfassungsmäßig zustandegekommenen Beschluß des Reichstages und Reichsrates alle Schwierigkeiten auf diesem Gebiete ausgeräumt würden, zumal dadurch auch der ungeheuerlichen Agitation, die unter vollkommen verzerrter Darstellung der Verhältnisse betrieben werde, der Boden entzogen würde. Zur Beseitigung aller rechtlichen Bedenken sei eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, damit die Gefahr beseitigt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch Gerichtsentscheidungen durchlöchert werden.

Im einzelnen sei hierzu noch bemerkt, daß gegenüber der auf Veranlassung der Deutschnationalen Volkspartei im Jahre 1926 vom Reichsfinanzministerium dem Reichstage vorgelegten Denkschrift, die noch rund 740 Ruhegehaltsempfänger aus dem Bereich sämtlicher Reichsbehörden, einschließlich der alten und neuen Wehrmacht, aufführt, die über 12 000 Reichsmark Pension jährlich bezogen, heute infolge Verringerung der Gesamtzahl, teilweise durch Tod, teilweise durch die einengenden Bestimmungen der Notverordnungen nur noch 563 Personen im Genuß einer Pension von über 12 000 Mark. Von diesen Pensionären erhält die überwiegende Zahl, nämlich 329 Personen, Pensionen zwischen 12 und 14 000 Mark jährlich und nur 14 Personen über 18 000 Mark jährlich. Diese Zahlen verschieben sich noch weiter nach unten infolge der weiteren Kürzung der Pensionen über 12 000 Mark auf Grund der Notverordnung vom 6. Oktober 1931.

Während nach der Denkschrift von 1926 für Pensionen über 12 000 Reichsmark jährlich noch 11,2 Millionen Reichsmark aufgebracht werden mußten, beträgt der Jahresaufwand für diese sogenannten Großpensionäre jetzt nur noch rund 7,8 Millionen Reichsmark. Durch die Festsetzung einer starren Höchstgrenze von 12 000 Reichsmark könnten hiervon im ganzen Reich noch etwa eine Million Reichsmark erspart werden.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers sind in mehrfacher Beziehung auf das lebhafteste zu begrüßen. Die Zahlen beweisen ein doppeltes: Daß die Zahl der Großpensionäre nicht so groß ist, wie gemeiniglich angenommen wird, und daß die finanziellen Aufwendungen nur einen Bruchteil der Summe darstellen, die durch eine kritiklose, nur von der Sensation und der demagogischen Verhetzung des Volkes lebenden Presse in der Phantasie ahnungsloser Zeitungsleser hervorgerufen wurde. Die amtlich festgestellten Ziffern dürften deshalb im Lager unentwegter Hetzer eine nicht geringe Enttäuschung hervorrufen. Ist die Ersparnis von einer Million Reichsmark, wie wir vorhin rechnerisch nachwiesen, wirklich so groß, daß sie den Aufwand an Verhetzung und Demagogie rechtfertigt, die gerade in dieser Frage seit Jahr und Tag betrieben wird. Man sollte glauben, daß die großen und drängenden, um das Geschick von Volk und Vaterland gehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen wichtiger sind.

Der Lübecker Prozeß

Der Leichendiener hat seziert!

In der letzten Sitzung des Calmette-Prozesses kam es zu erregten Zusammenstößen zwischen den Verteidigern der Angeklagten und den Vertretern der Eltern, als der Leichendiener Wehrend vernommen wurde. Wehrend bekundete, daß er persönlich im Auftrag von Dr. Wiener die entscheidende Sektion an dem Kind Reimer vorgenommen habe.

Rechtsanwalt Dr. Wittern: „Das ist ja unerhört! Ein Leichendiener seziert die Kinder? Dr. Wiener hat doch gesagt, er selbst habe die Sektion vorgenommen.“

Prof. Ludwig Lange: „Es kommt auch in unseren bakteriologischen Instituten sehr häufig vor, daß von den Hilfskräften Sektionen an Meerschweinchen vorgenommen werden.“

Dr. Wittern: „Aber Meerschweinchen sind doch keine Menschen!“

Die Verteidiger Dr. Ihde und Dr. Hofmann nahmen nun Professor Ludwig Lange in Schutz. Professor Lange habe doch nur sagen wollen, daß die mechanische Arbeit des Sezierens genau so gut von einer Hilfskraft ausgeführt werden könne, wie die Stenotypistin den Schriftsatz eines Rechtsanwaltes abtippt.

Als Dr. Wittern den Verteidiger Dr. Hofmann unterbricht, ruft dieser erregt aus: „Ich verwahre mich gegen die ständigen Unterbrechungen durch Dr. Wittern!“ Unruhe bei den Nebenklägern und erregte Zurufe aus dem Zuhörerraum.

Dr. Hofmann fortfahrend: „Man hat hier schon oft den Eindruck gehabt, daß man sich nicht im Gerichtssaal, sondern in einer politischen Versammlung befindet.“

Diese Worte lösen wieder große Unruhe bei den Eltern aus.

Dr. Wittern: „Aber wo bleibt die Rücksicht auf die Gefühle der Eltern, wenn gesagt wird, Leichendiener sezieren ohne Beisein von sachverständigen Aerzten die verstorbenen Kinder?

Wenn die Nebenkläger weiter von den Verteidigern zur Räson gebracht werden sollen, dann besteht die Möglichkeit, daß die Nebenkläger und ihre Vertreter überhaupt darauf verzichten, in diesem Prozeß weiter mitzumachen.“

Eine Wahlgroteske

Eine Partei wählt Mitglieder der Gegenpartei

Im Gemeinderat der kleinen Stadt Heinrichsgrün im Erzgebirge hat sich eine politische Groteske abgespielt.

Die Bürgerlichen, die in den kommunistischen Wahlplakaten als „Verbrecher“ und „Unfähige Lumpen“ bezeichnet worden waren, wählten den Kommunisten Schroll zum Bürgermeister und den Kommunisten Meyer zum Bürgermeister-Stellvertreter gegen die Stimmen der Kommunisten, um damit den Kommunisten die Möglichkeit zu geben, die Gemeinde besser zu verwalten als die bürgerlichen Parteien.

Die Kommunisten protestierten dagegen und die beiden Bürgermeister wider Willen verschafften sich Krankheitszeugnisse und überreichten sie der politischen Behörde, um auf diese Weise ihrem Amtsantritt aus dem Wege zu gehen. Gegen diese Taktik der gewählten kommunistischen Bürgermeister erhoben die bürgerlichen Parteien Einspruch und erklärten, die Krankheit der Bürgermeister sei nur vorgetäuscht. Die Bürgerlichen hätten durch die Wahlflugschriften sich veranlaßt gesehen, die Kommunisten als die „fähigeren Köpfe“ zu wählen, zumal die Amtsführung bürgerlicher Bürgermeister durch den Terror der Kommunisten unmöglich gemacht werde. — Die politische Bezirksbehörde hat noch keine Entscheidung getroffen.

Wie die Kreditanstalt Oesterreich betrog

Wien, 23. Nov. In der Bestechungsaffäre der Kreditanstalt werden die Sozialdemokraten, wie verlautet, heute noch im Finanzausschuß an die Regierung die Aufforderung richten, den Fall restlos zu klären. Es heißt jetzt, daß an der Verteilung der Bestechungsgelder neben zwei Beamten des Finanzministeriums auch ein hoher Funktionär des Bundeskanzleramts beteiligt war. Einen namhaften Teil der für die Auslandspresse aufgewandten 300 000 Schillinge soll ein amerikanischer Berichterstatter erhalten haben. Die Bedeutung dieser Affäre liegt, abgesehen von ihrer öffentlich-moralischen Seite und von der Vergeudung staatlicher Gelder darin, daß man endlich im Falle Kreditanstalt klar zu sehen beginnt.

Am 11. Mai, wenige Stunden vor der Abreise Schobers nach Genf zur ersten Auseinandersetzung über den Zollunion-Plan hat die Bank ihre Verluste im Jahre 1930 bekanntgegeben, was dann die staatliche Stützung notwendig machte. Mit der Drohung, Konkurs anzusagen, erzwang die Kreditanstalt, daß man ihr mit staatlichen Mitteln beisprang. Dazu scheint der Augenblick kurz vor der Abreise Schobers mit Absicht gewählt worden zu sein, zumal es sich bald darauf herausstellte, daß man die staatliche Unterstützung sich verschafft hatte, indem man das wirkliche Ausmaß der eigenen Katastrophe verschwieg. Hätte man der Regierung die wahren Verluste in ihrem vollen Ausmaß mitgeteilt, so hätte sie sich wahrscheinlich nie in dieses Abenteuer stürzen lassen. Der ganze Verlauf der Kreditanstalt-Affäre hätte sich dann anders abgespielt. Die Bank wäre ins Vergleichsverfahren gegangen; die Gläubiger hätten Nachlässe und Stundungen gewähren müssen und der Staat wäre nicht mit einer Haftung belastet, die ihm an den Lebensnerv greift. Die neueste Bestechungsaffäre zeigt aber erst ganz deutlich, wie skrupellos man zu Werke gegangen ist, um den österreichischen Staat in die Haftung für die Kreditanstaltsverluste hineinzumanövrieren.

Aus Stadt und Land

„Wo wohnt der Frieden“

Ich fuhr in alle Lande aus
Und frug: Wo wohnt der Frieden?
Ich fuhr durchs weite Erdenhaus
In Sonnenglanz und Winterbraus
Und fand ihn nirgend hienieden.

Jul. Wolff

(Wetterbericht.) Hochdruck herrscht vor. Für Mittwoch und Donnerstag ist zeitweilig heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 23. Nov. Mit dem gut besuchten Herbstkonzert am letzten Sonntag nachmittag in der Turnhalle hat der Sängerbund gezeigt, daß es ihm um die Pflege des Gesangs ernstlich zu tun ist. Der stark besetzte Männerchor zeigt vorzügliche Schulung und Disziplin. Die Leistungen sprachen dafür, daß der derzeitige Chorführer Eug. Mayer, der genau weiß, was er will, der seinem Material entsprechend die Chöre aus dem wirklich wertvollen Literaturbestand auswählt und sorgsam vorbereitet, der geeignete Führer des Vereins ist. So hörten wir zu Beginn den stimmungsvollen Sängerspruch von Sonnet. Es folgten die Chöre „Bergfreiheit“ von Baumann, „Wie die wilde Ros im Wald“ von Mair, „Abschied“ von Schulken, „Der Rhein“ von Steinhauer und „Waldmannsheil“ von Baumann. Sämtliche Vorträge, die ungeteilten Beifall ernteten, hatten Farbe und Leben. Was besonders auffallen mußte, war die belebte Rhythmik in allen Chören, die keine Langweile aufkommen ließ. Viel Wert wird auf eine gewissenhafte Dynamik gelegt. Alle Vorzeichen werden streng beachtet und befolgt. Der Vortrag hat Wärme und Schwung. Otto Bester kennen wir längst als guten Geiger. Seine zum Vortrag gebrachten Stücke „Ave Maria“ und „Du bist die Ruhe“, beide von Schubert, „Extase“ von Ganne, „Thais“, Meditation von Massenet, treten sehr vorteilhaft in die Erscheinung. Alfred Krämer begleitete ihn in gewandter und anschmiegender Weise. Der starke Beifall auch dieser Nummern war der beste Beweis für die hohe Befriedigung der zahlreichen Zuhörerschaft. Möge der Sängerbund in seiner Aufwärtsentwicklung auch in der jetzigen Notzeit fortschreiten und unter der Jugend recht viele Freunde werben zur Förderung und Pflege edlen Gesanges.

Birkenfeld, 24. Nov. Politische Hochspannung lag in den letzten Tagen über unserer Gemeinde bis die Wahlvorschläge der einzelnen Wählervereinigungen zur Gemeinderatswahl zusammengeschmiedet waren. Mit Ablauf der Einreichungsfrist am gestrigen Tage waren folgende Wahlvorschläge eingereicht.

Wahlvorschlag I: Kommunistische Partei: Kellenberger, Wilhelm, Goldarbeiter; Ergenzinger, Rudolf, Mechaniker; Roth, Wilhelm, Schleifer; Becht, Otto, Etuismacher; Becht, Wilhelm, Goldarbeiter.

Wahlvorschlag II: Gewerbe- und Bürgerverein: Vester, Adolf, Fabrikant; Kiefer, Friedrich, Schmied; Schofer, Karl, Fabrikant; Schaible, Friedrich, Bäckermeister; Müller Karl, Landwirt; Vester, Paul, Kabinettmeister; Oelschläger, Wilhelm, Mechaniker.

Wahlvorschlag III: Sozialdemokratische Partei: Brenner, Alfons, Metalldrücker; Vollmer, Ernst, Fabrikant; Müller, Eugen, Zeichner; Vollmer, Ernst, Kettenmacher; Billing, Wilhelm, Mechaniker; Regelmann, Karl, Kriegsinvalide; Kotek, Karl, Goldarbeiter.

Conweiler, 23. Nov. In würdiger Weise wurde hier am Totensonntag der Toten und besonders der Gefallenen im Weltkrieg gedacht. Einer Einladung des Ortsvorstehers folgend, sammelten sich die Gemeindevertreter sowie sämtliche hiesige Vereine mit umflorten Fahnen zum gemeinsamen Kirchgang. Unter den Klängen eines Trauermarsches bewegte sich ein staatlicher Zug zur Kirche. Nach einem Vortrag der Feuerwehrkapelle „Kirchenhymne“ hielt der Ortsgeistliche, Pfarrer Kittelberger, eine sinnvolle, der Bedeutung des

Billig und gut kaufen Sie
Herren-Oberhemden
Krawatten - Kragen
bei
Fritz Schumacher, Filiale Neuenbürg.

Sanatorium Dr. Bräuser.

Der Roman eines deutschen Detektivs. Von Kurt Martin.

Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

18

Es war noch zeitig am Morgen, als Paul Stein vor der Tür des Kapellmeisterhauses stand. Kurt Bittner öffnete dem Gast.

„Paul? — Ja, endlich wieder da?“

„Nur für kurze Zeit, mein Junge. Sei mir nicht böse. Aber meine Minuten sind kostbar. Wir unterhalten uns ein andermal. Wo ist Lotte?“

Die kam soeben die Treppe herunter.

„Paul!“

Paul Stein zog sie an sich.

„Liebe gute Lotte, ich muß dich sprechen, und zwar allein. — Kurt, du bist nicht böse. Es ist zu wichtig, und ich muß mich sehr eilen. Wo können wir hingehen? In das Musikzimmer? — Also komm, Lotte!“

Drinnen in dem Zimmer legte Stein erst ab. Frau Lotte stand wortlos dabei. Sie war allzu überrascht. Stein faßte sie bei den Händen und zog sie neben sich auf das kleine Empresofa.

„Höre, Lotte! Ich bin einem furchtbaren Verbrechen oder vielmehr einer Reihe von Verbrechen auf die Spur gekommen. Aber auch Kurt und Adele jetzt nichts sagen! Du kennst mich ja. Und gerade hier muß ich sehr vorsichtig sein. Dir will und muß ich aber einiges erzählen. — Neuländer ist ohne Zweifel unschuldig.“

„Also doch?“

„Es steht fest, daß der Mord eng mit der Person des Sanatoriumsleiters in Görn, dieses Professors Bräuser, zusammenhängt. Es steht aber auch fest, daß Bräuser mit seinen Auftraggebern für die nächste Zeit weitere schwere Verbrechen plant. Diese Pläne sollen und müssen vereitelt werden!“

„Dann begibst du dich wieder in große Gefahr, Paul!“

„Es wird auch das vorübergehen. — Höre! Bräuser erwartet für Sonntag einen neuen Pfleger für sein Sanatorium. Dieser Mann darf nicht zu ihm kommen. Es ist alles vorbereitet. Er wird unterwegs abgefangen. Ich fahre heute nach Stuttgart zu diesem Zwecke. Am Sonntag komme ich als der neue Pfleger in Görn bei Bräuser an. Eine Verkleidung brauche ich nicht zu wählen, da Bräuser mich ja nicht kennt. Er hat in einem Briefe bereits mein Bild als das des zu erwartenden Pflegers erhalten. Allerdings mußte ich mir das Haar färben.“

„Ja, eben. — Ich bin so überrascht, Paul.“

„Weiter! Bräuser hat den Auftrag erhalten, einen Menschen, den ich vorderhand nicht kenne und von dem ich auch nicht weiß, wo er weilt, zu töten. Diese Tat soll unter Willenseinwirkung Bräusers von einer Frau ausgeführt werden. Der Auftraggeber Bräusers wird nun vielleicht dem Sanatorium eine Frau zuführen, die als geeignetes Objekt angesehen wird.“

„Da ist ja furchtbar, Paul. Aber —“

„Höre! Die Person darf nicht in das Sanatorium. Ich kann mit ihr das Experiment nicht wagen. Ziehe ich sie ins Vertrauen, so kann sie eines Tages aus Angst mir alles verderben; ziehe ich sie aber nicht ins Vertrauen, so kann sie mir in diesem Falle garnichts nützen. Ich brauche also einen Ersatz für diese Frau. — Verstehe mich wohl! Diese Frau weiß nichts von dem Zwecke ihres Aufenthaltes in Görn. Sie kommt ihrer Meinung nach nur zur Erholung dorthin.“

„Also ganz unschuldig soll sie ein Verbrechen begehen, gegen ihren Willen, und dann dafür büßen?“

„Ja. Und deshalb vor allem bin ich hier bei dir. Lotte, ich brauche diesmal deine Hilfe. Wenn es so weit kommt, sollst du diese Frau vertreten. Du sollst an ihrer Stelle in das Sanatorium!“

Frau Lotte fuhr erschrocken auf.

„Aber Paul!“

„Sieh mal, Lotte, du bist die einzige, die mir in diesem Falle helfen kann. Ich will Bräuser unbedingt auf frischer Tat überführen, und dazu muß die Komödie bis zu Ende gespielt werden. — Wenn du zu Bräuser kommst, bin ich ja dort. Ich bin immer um dich. Und ich weiß, du fürchtest dich nicht. — Du sollst Bräuser scharf beobachten und mir alles berichten, was dir auffällt. — Natürlich wird er seine Willenseinflüsse auf dich auszuwirken suchen.“

„Er will mich soweit bringen, daß ich unbewußt eines Tages den Mord begehe. Und wenn ich nun wirklich so willenlos werde, daß —“

„Es kommt nicht so weit. Ich bin doch da! Du mußt grenzenloses Vertrauen zu mir haben, Lotte. Dann haben wir schon halb gewonnen. Du mußt felsenfest überzeugt sein, daß es nicht zur Ausführung dieser Tat kommt.“

„Ja, aber —“

„Willst du mir helfen, wenn ich dich eines Tages rufe?“

Sie zögerte, doch nur für einen Augenblick, sah ihm dann fest in die Augen:

„Ich will.“

„Liebe, gute Lotte, ich danke dir! Glaube es mir, ich tue es nicht gern. Ich sehe jedoch keinen anderen Ausweg diesmal.“

„Du wirst ja in meiner Nähe sein. — Wie wird das aber, ich muß mich ja wohl auch von Mädi trennen, wenn ich nach Görn fahre?“

„Ja; aber hoffentlich nicht lange. — Wenn es so weit ist, wird Dr. Berndt dich verständigen. Er und Professor Kortmann, auf dessen Hilfe ich ebenfalls rechne, müssen alles regeln. — Du kommst dann eines Tages bei Bräuser an. Wie du deine Rolle spielen mußt, wird dir Dr. Berndt erklären, wenn wir klar sehen. Ich weiß das jetzt selbst noch nicht. — Du darfst natürlich nicht mit einem Blick verraten, daß du mich kennst. Präge dir das ganz fest ein! Vielleicht muß ich dir sogar bei Bräuser in gewissem Grade feindlich gegenübertreten! Wie und wann wir uns dort aussprechen können, müssen wir erst abwarten. Es werden sich aber dazu Mittel und Wege finden lassen. — Wenn Bräuser beginnt, dir seinen Willen aufzuzwingen, so zeige dich willfährig, versuche aber innerlich, ihm festen Widerstand zu leisten. Gelingt dir dies nicht und kannst du dich seinen Einflüssen nicht gänzlich entziehen, so ist auch dies ohne Gefahr; denn ich bin ja immer da, und ich weiß, wen ich behüten muß. Und gerade die Sorge um dich wird meine Achtsamkeit anspornen!“

„Du wirst dich dabei aufreiben!“

„Kann ich anders handeln? Muß ich nicht mit allen Kräften versuchen, Bräusers Schurkerei aufzudecken?! Es gibt kein Zurück mehr für mich.“

„Du bist die Treue selbst, Lotte. Glaube es mir: Ich schütze dich, es wird dir nichts geschehen!“

„Ich glaube dir.“

Paul Stein zog Frau Lotte innig an sich und preßte in einem langen Kuß seine Lippen auf die ihren. Dann griff er nach Ueberrock und Hut.

„Jetzt schnell noch Mädi guten Morgen sagen!“

„Und frühstücken, Paul!“

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Tages angepaßte Predigt. Während derselben sang der Gesangverein den schottischen Bardenchor „Stumm schläft der Krieger". Zum Schluß des Gottesdienstes spielte die Feuerwehrkapelle das Lied vom guten Kameraden. Der Ortsgeistliche gab noch bekannt, daß der Fond zur Erstellung eines Kriegerdenkmals, mit einer Spende von 1000 RM., zusammen zirka 1800 RM. betrage. Weitere Spenden werden vom Ortsvorsteher entgegengenommen.

Achtung Aufwertungsschuldner!

Bis zum Ablauf von Montag, den 30. November 1931, kann der Aufwertungsschuldner einer gekündigten Aufwertungshypothek den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, wenn er rechtskräftig damit abgewiesen war, von neuem stellen. Sowohl der Eigentümer der mit der Aufwertungshypothek belasteten Grundstücke als auch der persönliche Schuldner einer Aufwertungsschuld können wegen eines Aufwertungskapitals von über 100 Goldmark — nicht aber wegen der Zinsen — bei den Aufwertungsstellen am Amtsgericht den Stundungsantrag stellen. Bei mehreren Aufwertungsforderungen muß eine jede für sich allein über 100 Goldmark hinausgehen.

Der Stundungsantrag muß schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle gestellt werden. Der Antragsteller soll seinen Antrag begründen und dabei angeben, welche Schritte er unternommen hat, um eine gütliche Einigung mit dem Gläubiger, dem er am besten gleichzeitig von der Antragstellung Kenntnis gibt, herbeizuführen. Die Aufwertungsstelle darf aber für den ganzen Betrag nur einmal eine Zahlungsfrist gewähren, die nicht über den 31. Dezember 1931 hinausreicht. Die Bewilligung hängt von der erfolgreichen Prüfung ab, daß der Antragsteller nicht in der Lage ist, über die zur Rückzahlung des Aufwertungsbetrags erforderlichen Mittel zu verfügen oder sie sich zu billigerweise zumutbaren Bedingungen zu verschaffen. Der Schuldner muß zu diesem Zwecke nachweisen, daß und mit welchen Kreditanstalten und Privaten er sich in Verbindung gesetzt hat, um den Aufwertungsbetrag zu erlangen. Der tatenlose abwartende Schuldner wird nicht geschützt, die Bewilligung einer Zahlungsfrist in einem solchen Falle würde eine unbillige Härte für den Aufwertungsgläubiger bedeuten. Mit Zustimmung des Gläubigers kann die Aufwertungsstelle die Bewilligung der Zahlungsfrist von der Leistung einer Abschlagszahlung oder von anderen Bedingungen abhängig machen. Auch im Falle der Bewilligung einer Zahlungsfrist für die Kapitalsumme, bleibt der Zinsenlauf und der Tilgungsdienst hiervon unberührt. Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist die Hypothek oder die persönliche Forderung fällig, ohne daß es dann noch einer besonderen Kündigung bedarf.

Haben Gläubiger und Schuldner einen Vergleich vor der Notverordnung vom 10. November 1931 abgeschlossen, so verbleibt es bei dieser Vereinbarung. Bedauerlich ist, daß ein neues Stundungsgesuch auch dann nicht eingereicht werden kann, wenn die für das Stundungsgesuch vorgeschriebene Frist von drei Monaten erst nach dem 30. September 1931 abgelaufen ist. Es ist mit Recht auf diese Lücke der Notverordnung hingewiesen worden, denn gerade die Schuldner, denen nach dem 1. Juli 1931 etwa in der Zeit der Sparkassenkrise gekündigt wurde, kämen in eine besonders ungünstige Lage. Aber auch sie sollten sich in ihren bis zum 30. November längstens einzureichenden Anträgen darauf berufen können, daß die katastrophale Wirtschaftslage auf dem Geldmarkt es ihnen im Oktober 1931 zur Unmöglichkeit machte, den Aufwertungsbetrag zurückzuzahlen. Auf jeden Fall könnten sie den Versuch einmal machen.

Württemberg

Heilbronn, 23. Novbr. (Mysteriöser Fall.) Zu dem nächtlichen Ueberfall eines Polizeibeamten gehen in der Stadt Gerüchte, die in die Richtigkeit dieser Aussagen Zweifel setzen. Die Untersuchung des mysteriösen Falles ist auch nach dieser Richtung hin ausgedehnt worden.

Besigheim a. N., 23. Novbr. (Anerkennung für Lebensretter.) Das Innenministerium hat dem Fischer Karl Seybold und dessen Sohn Kurt in Lauffen a. N. die Anerkennung für die gemeinsame Errettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens aussprechen lassen; gleichzeitig wurde beiden eine Geldbelohnung zuteil. Die beiden Ausgezeichneten haben bei dem Paddelbootunglück bei der Gemmrigheimer Papierfabrik am 7. August ds. Js., dem der Pfarrer Müller aus Winterbach (Pfalz) zum Opfer fiel, dem neun Jahre alten Walter Wieland aus Bietigheim den Wellen entrissen.

Kornwestheim, 23. Nov. (Zur Bürgermeisterwahl.) Die mit großer Mehrheit erfolgte Wiederwahl von Dr. Steimle zum Bürgermeister bedeutet an sich noch keine endgültige Entscheidung. Es kommt darauf an, ob die Wahl bestätigt werden wird. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat in dieser Hinsicht folgende Erklärung abgegeben: 1. Die Frage der Bestätigung des früheren Bürgermeisters Dr. Steimle im Falle seiner Wiederwahl in Kornwestheim hängt zusammen mit dem gegen ihn seinerzeit als Ortsvorsteher eingeleiteten gerichtlichen Dienststrafverfahren. Ein Bescheid in dem Sinne, daß seine etwaige Wiederwahl bestätigt werde, ist ihm von keinem Beamten der Ministerialabteilung erteilt worden. 2. Seine vorläufige Dienstenthebung auf Grund des Art. 278 der G.-O. wäre erfolgt, wenn er nicht seine Entlassung unter Verzicht auf Amtsbezeichnung, Dienstbezüge usw. nachgesucht hätte (Gem.-O. Art. 236). gez. Michel.

Stuttgart, 23. Nov. (Evangeline Booth in Stuttgart.) Evangeline Booth, die Tochter des Gründers der Heilsarmee, berührte auf ihrer Reise durch Europa auch Stuttgart. Es ist die vierte und letzte deutsche Stadt, in der sie weilte und freundlich aufgenommen wurde. Bei einem Empfang sprach sie nach einem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblattes von ihren Eindrücken über die schlechte Lage der Welt im allgemeinen und in Deutschland im besonderen. „Es ist mir aufgefallen", sagte sie, „daß in Deutschland die Menschen fröhlichere Gesichter und ein gepflegteres Aussehen zur Schau tragen als z. B. in England. Der englische Arbeiter, sogar der, der noch Arbeit hat, ist mißgestimmt, dumpf und bedrückt. In Deutschland sind auch die Aermsten noch besser gestimmt, ihr Aeußeres ordentlich und sauber. Deshalb meint vielleicht das Ausland, daß es Deutschland nicht so schlecht gehe und doch ist es sicherlich nur Kraft und Mut und ein ungeheurer Stolz, der die Menschen nicht verzagen läßt. Ich habe Deutschland immer verehrt, jetzt aber liebe ich es und wen ich einmal liebe, den liebe ich immer! Ich mache es nicht wie die Männer". Am Sonntag mittag sprach dann die Kommandeurin in der volbesetzten Liederhalle. Sie erzählte, wie die Heilsarmee aus einem Nichts zu der riesenhaften Organisation von heute geworden ist.

Stuttgart, 23. Novbr. (Drei Selbstmordversuche.) Ein auf der Durchreise befindlicher 26 Jahre alter Wanderer wollte in der Waiblinger Straße in Cannstatt vom Uebergangssteg auf das sechs Meter tiefer liegende Eisenbahngleis hinunterspringen. Er konnte jedoch noch rechtzeitig zurückgehalten werden. — Einen Selbstmordversuch durch Einatmen von Gas verübte in einem Hause der Böheimstraße ein 51 Jahre alter Mann. Er wurde noch rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert. In einem Hause des nördlichen Stadtteils sprang eine 27 Jahre alte Frau vom Dach etwa acht Meter hoch in den Vorgarten herunter. Sie trug Beinbrüche und innere Verletzungen davon, sodaß sie in das Marienhospital aufgenommen werden mußte.

Tübingen, 23. Novbr. (Ordnungsstrafe gegen einen Reichstagsabgeordneten.) Die Große Strafkammer hat den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schlaffer wegen Nichterscheinung in einer Berufungsverhandlung, zu der er als Zeuge geladen worden war, in eine Ordnungsstrafe von 200 RM. oder zehn Tage Haft genommen.

Oberndorf a. N., 23. Nov. (Tödlich verunglückt.) Am Sonntag nachmittag wurde auf der Straße nach Bochingen ein älterer Bürger von Sigmarswangen namens Breisinger, der sich auf dem Weg zu einer Beerdigung befand, beim Ueberqueren der Straße von einem Motorrad angefahren. Breisinger wurde dabei so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus, wohin man ihn verbrachte, starb. Der Motorradfahrer Kipp vom Aichhof wurde vom Rad geschleudert und erlitt Verletzungen am Kopf, die seine Verbringung ins Krankenhaus notwendig machten. Sein Beifahrer zog sich Verstauchungen zu.

Ulm, 21. Nov. (Zwei Ulmer bei Kempten verunglückt.) Als der Landwirt Berchtold aus Waltenhofen am Donnerstag abend gegen ½6 Uhr mit seinem Fahrwerk vom Düngerfahren heimwärts gegen Waltenhofen fuhr, rannte plötzlich mit scharfem Tempo ein Motorrad von hinten in seinen Wagen, sodaß bei dem Zusammenprall sogar die Wagenachse brach. Bei den Motorradfahrern handelt es sich um zwei Brüder, Jakob und Adolf Häge aus Ulm, beide Angestellte einer Ulmer Brauerei, die einige Urlaubstage in Immenstadt verbringen wollten und sich eben auf der Fahrt dorthin befanden. Beide erlitten Verletzungen am Kopf und am Knie. Einen besonders schweren Schädelbruch erlitt Adolf Häge. Beide wurden von der Freiw. Sanitätskolonne Kempten ins Distriktsspital gebracht, wo Adolf Häge, wie das Allgäuer Tagblatt meldet, in Lebensgefahr darniederliegt.

Aufhebung von neun Finanzämtern

Stuttgart, 23. Novbr. Nach einer heute erlassenen Anordnung der Landesfinanzverwaltung Württembergs werden in deren Betrieb bereits am 1. April 1932 neun Finanzämter in den ländlichen Bezirken aufgehoben. Da durch die Steuervereinfachung zahlreiche Finanzämter in den ländlichen Bezirken unter der Durchschnittsgrenze einer mittleren Verwaltungsstelle bleiben, wird im Laufe des nächsten Jahres mit der Aufhebung einer Reihe weiterer Finanzämter zu rechnen sein. Von der Aufhebung betroffen werden die Aemter: Blaubeuren, Gaildorf, Großbottwar, Güglingen, Kapfenburg, Lorch, Rot am See, Spaichingen und Sulz.

Die Notlage der Waldwirtschaft

Stuttgart, 22. Nov. Der Waldbesitzerverband für Württemberg und Hohenzollern hält am 12. Dezember hier seine 14. Jahresversammlung ab. Dabei werden sprechen über „Die Not der Gemeinde- und Privatwaldwirtschaft" Bürgermeister Abrell-Rottweil, Dr. Freiherr v. Stauffenberg, M. d. R., und Gutsbesitzer Mayer-Pontmertsweiler. Major a. D. Bauer-Berlin, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Holz hält außerdem einen Vortrag über das Thema: Welche Aussichten eröffnen sich durch die Werbung für Holz? In dem Tätigkeitsbericht des Verbandes für 1931 wird darauf hingewiesen, daß das Jahr 1931 für die Waldwirtschaft ein Jahr des Unheils und des Niedergangs ist. Durch die Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftskrise und infolge der übersteigerten Holzeinfuhr aus dem Ausland sind die Waldeinnahmen auf einen Tiefstand herabgedrückt worden, bei dem nur noch Verlustpreise zu verzeichnen sind. Seit Monaten stockt der Absatz für die meisten Nutzholzsorten fast vollkommen. Zehntausende Festmeter wertvollsten Nadelstamm- und Papierholzes liegen in Württemberg und Hohenzollern vom letzten Wintereinschlag unverkauft im Walde und sind am Verfaulen. In den meisten Forstbetrieben, im Gemeindewald und im Privatwald, in den Tausenden von Bauernbetrieben sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Ungeheure gewachsen; viele Betriebe sind dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe. Die forstlichen Organisationen haben alles getan, was in ihren Kräften stand, um das lawinenartig über die Waldwirtschaft hereinbrechende Unglück abzumildern. Immer und immer wurde gemahnt, gewarnt, wurden Wege zur Rettung und Abhilfe gewiesen, wurde die unverzügliche Durchführung der erforderlichen Hilfsmaßnahmen gefordert. Um den stark gesunkenen Holzverbrauch, der als wesentliche Ursache der heutigen Absatzschwierigkeiten für Nutzholz anzusehen ist, wieder zu heben, wurde der Werbung für Holz größte Aufmerksamkeit zugewendet. Die Waldwirtschaft ist am Ende ihrer Kraft. Ohne Betriebsmittel steht sie an der Schwelle des neuen Holzeinschlagsjahres. Mit Selbsthilfemaßnahmen des Waldbesitzes allein ist ein Ausweg aus der furchtbaren Not nicht möglich. Sofortige Hilfe auf handels- und zollpolitischem Gebiet, durchgreifende Senkung der überschraubten Steuer- und Soziallasten, der Zinssätze und der Eisenbahnfrachten muß Platz greifen.

Der Württ. Beamtenbund

schreibt: „Die württemb. Regierung hat uns auf wiederholte Vorstellungen wegen der über die Grundsätze des Reiches hinausgehenden Sonderbelastung der württembergischen Beamten eine inzwischen auch öffentlich bekannt gewordene Erklärung übersandt, aus der angenommen werden konnte, daß die ganz erheblichen Sonderbelastungen der württembergischen Beamtenschaft beseitigt werden sollten. Nun hat neuerdings der württembergische Finanzminister in einer Parteiversammlung die Vermutung einer seitens des Reiches spätestens auf 1. Januar 1932 erfolgenden Gehaltskürzung von 10 v. H. ausgesprochen, wobei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein dürfte. Mit Rücksicht auf diese Sachlage hat sich der Württ. Beamtenbund in einer Eingabe an den Württ. Landtag gewandt und erklärt, daß sich die Beamtenschaft in ihren Erwartungen hinsichtlich der Beseitigung der württembergischen Sondermaßnahmen enttäuscht sehe und daß die Beunruhigung der Beamtenschaft durch die neuesten Ausführungen des Finanzministers erhöht werde. Weiter wurde erklärt, es sei bedauerlich, daß die württ. Regierung die Sonderbelastung der württ. Beamtenschaft durch eine neue Reichskürzung auszugleichen versuche, anstatt die württembergischen Sondermaßnahmen aufzuheben, nachdem das Reich und die anderen Länder zweifellos mit guten Gründen ihren Beamten derartige Belastungen nicht auferlegt haben. Es werde geradezu unerträglich, daß sich der württ. Finanzminister zum Schrittmacher für weitere Gehaltskürzungen berufen fühle und in Verfolg dieser Politik den württ. Landes- und Gemeindebeamten die schwersten und ungerechtesten finanziellen Sonderopfer auferlegt.

Der württ. Landtag wird mit allem Ernst auf diese unhaltbaren württembergischen Zustände aufmerksam gemacht und es wird erwartet, daß die Regierung beauftragt wird, sofort die durch die Verordnung vom 30. September 1931 angeordneten württembergischen Sonderbelastungen aufzuheben. Im einzelnen wurde neben der Beseitigung der württembergischen Sondergehaltskürzung von 5—7 v. H. die einer weiteren Gehaltskürzung gleichkommende Aufrückungssperre aufzuheben gefordert, da diese Aufrückungssperre weder im Reich noch in den meisten übrigen Ländern eingeführt bzw. da wo sie eingeführt war, wieder aufgehoben wurde. Durch diese Aufrückungssperre werden diejenigen Beamten, die sich noch nicht im Endgehalt befinden und meist größere Ausgaben haben, weil ihre Kinder noch in der Ausbildung begriffen sind, besonders hart und ungerecht betroffen. Ueber diese Maßnahme herrscht in der württ. Beamtenschaft die größte Empörung. Die Beamtenschaft wird die Maßnahmen des Württ. Landtags in dieser Angelegenheit mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgen und die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

Staatsfinanzen und Württ. Beamtenbund

Stuttgart, 23. Nov. Der Württ. Beamtenbund hat in einer der Presse mitgeteilten Eingabe von neuem Stellung gegen die Gehaltskürzungsmaßnahmen der 1. württ. Notverordnung genommen und vorsorglich gleichzeitig gegen etwaige weitere Gehaltskürzungen seitens des Reiches protestiert. In der Erklärung des Beamtenbundes ist die Rede von einem „vorerst geschätzten Defizit", das den Anlaß zu diesen Kürzungen gegeben habe. Das Württ. Finanzministerium sieht sich veranlaßt, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß seine Schätzung über den Anfall an Reichssteuerüberweisungen, die den Hauptanlaß zu der württ. Notverordnung gegeben hat, das Reichsfinanzministerium in einem Rundschreiben an die Länder in vollem Umfang bestätigt hat. An der Tatsache, daß der württ. Staatshaushalt für 1931 vor Vornahme der Besoldungskürzungen durch die württ. Notverordnung einen ungedeckten Abmangel von 15 Millionen RM. auswies, sollte daher nicht mehr gezweifelt werden. Der Württ. Beamtenbund möge sich über den Ernst der Lage nicht hinwegtäuschen und die Nachrichten beachten, die darüber aus Berlin kommen. Darnach haben sich in den letzten Monaten die deutschen Finanzen erneut geradezu verhängnisvoll verschlechtert und wird sich die Reichsregierung in den nächsten Tagen vor die Frage gestellt sehen, ob jene Reserven eingesetzt werden müssen, die man für den äußersten Notfall zurückgestellt hat.

Kampfansage des Württ. Bauernbunds

Ulm, 23. Novbr. Auf einer am Samstag nachmittag hier vom Württ. Bauern- und Weingärtnerbund veranstalteten „großen Bauernkundgebung" hielten die Reichstagsabgeordneten Freiherr Dr. von Stauffenberg-Rißtissen und Haug-Heilbronn scharfe Abrechnung mit dem „System Brüning". Besonders bemerkenswert sind die Andeutungen, die von Stauffenberg bezüglich der württembergischen Landespolitik machte. Er bezeichnete es als die Aufgabe des Württ. Bauernbunds, sich von der Herrschaft des Zentrums freizumachen, falls es sich nicht endlich von der Sozialdemokratie lossage. Das bedeute den starken Bruch mit manchem, was bisher gemacht worden sei. Weiter erklärte er, der Weg in die Zukunft führe den Bauernbund an die Seite der Rechten und gegen die andern, die die Bauernbündlern so enttäuscht hätten. Auf Veranlassung des Barons Stauffenberg wurde an den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin, Dr. Brandes, einem der drei Landwirtschaftsvertreter, die aus dem Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung ausgeschieden sind, ein Danktelegramm für die mutige Tat, die den Weg für ganze Arbeit freimache, abgesandt.

Baden

Pforzheim, 23. Novbr. (Gefundene Leiche. — Rücksichtsloser Kraftfahrer.) Heute früh wurde von Arbeitern bei der Auerbrücke die Leiche des bei dem letzten Hochwasser im August verunglückten Goldschmieds Stahl aus Beötzingen gefunden. — In der Nacht zum Sonntag wurde der 41 Jahre alte Schneider Gottlieb Scheuermann von hier, als er auf der Landstraße von Eutingen heimkehrte, von einem Kraftwagen, dessen Scheinwerfer nicht abgeblendet waren, angefahren und zu Boden geschleudert. Scheuermann erlitt dabei schwere Kopfverletzungen und blieb bewußtlos liegen. Der Kraftwagen raste in der Richtung nach Pforzheim davon, ohne sich im geringsten um den Verunglückten zu kümmern.

Aus Baden, 23. Nov. (Mit dem Revolver gegen die Familienangehörigen.) Der 24 Jahre alte Anton Wacker in Lautenbach (Murgtal) geriet mit seinem 22 Jahre alten Bruder Simon in Streit. Dabei griff er zur Waffe und verletzte seinen Bruder durch einen Schuß in den Arm, und den 18 Jahre alten zur Hilfe geeilten Wilhelm Grimm durch einen Schuß in den Hals sowie seinen 65 Jahre alten Vater durch einen Schrotschuß in die Brust. Der gewalttätige Revolverschütze wurde festgenommen, die Schwester der beiden Brüder sollte gestern Hochzeit haben.

Vom Schwarzwald, 23. Nov. (Eine seltsame Geschichte.) Ein eigenartiges Vorkommnis trug sich in einem kleinen badischen Schwarzwalddorf zu. Als ein Bauer am frühen Morgen seine Kuh melken wollte, wurde das Tier sehr unruhig. Bei einer näheren Betrachtung stellte er fest, daß das Euter wund und stark angeschwollen war. Er beriet sich mit den Nachbarn, und man schloß allgemein auf eine Euterentzündung. Ueber Nacht band man daher das Euter in warme Tücher ein. Aber am nächsten Morgen war der Umschlag weggerissen und das Euter an verschiedenen Stellen blutiggerizt. Nun war im Dorf ein alter Mann, der sich oft tagelang im Walde umhertrieb. Die Leute munkelten dies und jenes von ihm. Dieser besah sich die Kuh, ging heim und holte eine Fuchsfalle. Ueber Nacht stellte man sie nun in unmittelbarer Nähe des Tieres auf. Die Falle war wohl am anderen Morgen leer, aber der Verband der Kuh war auch unberührt. So geschah es auch am nächsten Tag. Der Bauer war der Sache bereits überdrüssig und wollte das Eisen dem Alten zurückgeben, denn er war noch immer der Meinung, die Kuh sei krank. Doch der Alte stellte die Falle nun unter den Treppenaufgang vor dem Stall, dort befand sich ein unscheinbares Loch. Plötzlich entstand in der Nacht ein Heidenlärm. Der Bauer sprang aus dem Bett und machte Licht. Doch was sah er — ein fauchendes Tier, das wütend an dem Eisen zerrte. Es entpuppte sich als ein großer, älterer Iltis. Dieser Räuber hatte sich also einige Nächte schon an der Kuh vollgesoffen. Nun war das Rätsel gelöst. Am Morgen lief natürlich das ganze Dorf zusammen, um sich den ungebetenen Eindringling anzusehen. — Jener Alte aber hatte doch recht behalten.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 23. Nov. (Landesproduktenbörse.) Die Offerten vom Ausland waren in abgelaufener Woche wieder etwas niederer, dagegen verkehrten die inländischen Getreidemärkte in guter Haltung. Das Angebot in Weizen und Roggen ist immer noch nicht stark; aber auch die Käufer nehmen eine abwartende Stellung ein. Es notierten je 100 kg: württ. Weizen 23—25¼ (unv.), Sommergerste 18—20 (18½—20), Futtergerste 16—17½ (16—17), Roggen 21½—23 (unv.), Hafer 14—16 (14—16½), Wiesenheu 5—5½ (unv.), Kleeheu 5½—6½ (unv.), drahtgepreßtes Stroh 3½—4¼ (unv.), Weizenmehl 38¾—39¼ (unv.), Brotmehl 30¾—31¼ (unv.), Kleie 9½—10 (unv.) Mark.

Letzte Nachrichten

Darmstadt, 23. Nov. Am Sonntag abend gegen halb 6 Uhr entstand in der großen Lagerhalle der Chem. Fabrik Röhm & Haas ein Großfeuer. Das Feuer brannte fast drei Stunden. Es konnte nur mit vieler Mühe gelöscht werden. Der Schaden ist bedeutend, jedoch größtenteils durch Versicherung gedeckt. Die Ursache ist wahrscheinlich Selbstentzündung.

Berlin, 23. Nov. Im Nordwesten Berlins in der Krefelderstraße hat, wie vermutet wird, im Verlaufe eines Streites der Arbeiter Hermann Block seinen 26jährigen Sohn Hermann durch einen Schuß in den Kopf getötet. Der Vater hat die Flucht ergriffen und konnte bisher von der Polizei noch nicht ermittelt werden. Die Mordkommission arbeitet zur Zeit am Tatort. Der Erschossene war seit längerer Zeit arbeitslos.

Die Reichsleitung der NSDAP. dementiert Verhandlungen mit Frankreich

München, 23. Nov. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: In der ausländischen Presse werden Nachrichten verbreitet, wonach Nationalsozialisten mit der französischen Regierung in Verhandlungen ständen, über Fragen, die die Einstellung Frankreichs zur nationalsozialistischen Bewegung betreffen. Demgegenüber ist festzustellen, daß weder der Führer der NSDAP. noch irgendein von ihm Beauftragter zu irgendwelchen Verhandlungen an Frankreich herangetreten ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berliner Finanzamt gegen Winterhilfe

Berlin, 23. Nov. Eine Berliner Großfirma wollte unlängst der Winterhilfe 10 000 Zentner Zucker stiften. Nun aber bestand ein Berliner Finanzamt darauf, daß die Firma für diese Schenkung 100 000 R.-Mark Verbrauchssteuern zahlen müsse. Die Folge davon war, daß die Firma von ihrer Unterstützung Abstand nahm und die Winterhilfe ihren Zuckerbedarf durch Kauf decken muß. Dieser Vorfall ist geradezu ungeheuerlich.

Vor neuen Kämpfen

London, 23. Nov. Ganz unabhängig von den Pariser Verhandlungen nehmen die kriegerischen Operationen in der Mandschurei ihren Fortgang.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die chinesischen Truppen sich in einer Stärke von 50 000 Mann in Tschintschau angesammelt haben; zu ihnen sind die Reste der Ma-Armee gestoßen. Tschintschau ist der letzte strategische Punkt in der Südmandschurei, den die Japaner noch nicht unter ihre Kontrolle haben bringen können. Die chinesischen Truppen stehen unter dem Kommando von Marschall Tschang-hsue-liang, des früheren Gouverneurs der Mandschurei. Die Japaner beabsichtigen die Eroberung von Tschintschau, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß man vor einem erneuten schweren Gefecht steht.

Die kürzlich gebildete neue Regierung in Mukden, deren Bildung unter japanischem Einfluß erfolgte, beabsichtigt ihre Herrschaft über die drei mandschurischen Provinzen Mukden, Kirin und Hei-lung-kiang auszudehnen.

Aus Welt und Leben

Pfefferminzöl, das seither zur Herstellung auf die Belieferung von England angewiesen war, ist jetzt als heimische Industrie nach Klagenfurt in Kärnten gekommen. Dort ist im Auftrag der bekannten Clorodontfabrik in Wien per Flugzeug ein großer Posten echt englischer Pfefferminzpflanzen (Mitcham) eingetroffen, die zum Anbau in den dort aufgeschlossenen Moorgebieten bestimmt sind. Die Kulturen sollen zur Gewinnung des hochwertigen Pfefferminzöles, das in der Chlorodont-Zahnpasta enthalten ist, verwendet werden. Das Bestreben der Chorodontfabrik, sich vom Ausland beim Bezug dieses wichtigen und hochwertigen Rohstoffes unabhängig zu machen, verdient volle Anerkennung.

Ein Luftschiff auf Abbruch. Das englische Luftschiff „R. 100", das Schwesterschiff des vor zwei Jahren in Frankreich verunglückten „R. 101", ist soeben an eine Londoner Metallhandelsfirma auf Abbruch verkauft worden. Seit der Katastrophe von Beauvais, bei der der englische Luftfahrtminister Lord Thomson, mit allen Offizieren und dem übergroßen Teil der Mannschaften des „R. 101" verbrannte, hat England den Mut zu weiteren Luftschiff-Expeditionen verloren. „R. 100" hat seitdem die Halle in Cardington nicht mehr verlassen. Das Parlamten verweigerte schließlich die Kredite für das Luftschiff, und die Regierung beschloß, die Hülle auf Abbruch zu verkaufen. Die Motoren und Gasballons werden im Staatsbesitz bleiben, auch die Hallen und Werkstätten in Cardington werden bestehen bleiben und zu aeronautischen Experimenten in kleinerem Umfange benutzt werden. Das Luftschiff, dessen Herstellungskosten 450 000 Pfund betrugen, wurde im Dezember 1929 in Betrieb genommen und machte im darauffolgenden Jahre einen Flug nach Kanada und zurück. Im gleichen Jahr errang es den Ruhm des schnellsten Luftschiffes der Welt mit einer Geschwindigkeit von etwa 170 Kilometer in der Stunde. Man schätzt die Gesamtunkosten, die das Luftschiff verursacht hat, auf etwa eine Million Pfund Sterling. Da die Abwrackung nach den Vertragsbestimmungen in Cardington vor sich gehen muß, rechnet der Abbruchunternehmer mit einer Arbeitsdauer von etwa zwei bis drei Monaten bei voller Beschäftigung. Besonders erschwert werden die Arbeiten durch die außerordentliche Menge von Duraluminium, die in dem Gerüst verarbeitet ist. Die Arbeiten werden sofort in Angriff genommen werden. Was mit dem Material geschehen soll, steht noch nicht genau fest; ein Teil des Metalls soll jedoch zu Andenken verarbeitet werden.

Edisons Stimme aus dem Jenseits. Das bekannte Medium Valiantine hat in einem Privatzirkel in Paris eine „Leistung" vollbracht. Valiantines Hauptbegabung liegt im Hervorbringen von direkten „Geisterstimmen". Aus einer Trompete oder einem Trichter hört man plötzlich Stimmen, in denen Anwesende die Stimme irgendeines teuren Verstorbenen erkennen. Oft spricht es aus der Trompete Chinesisch, Japanisch, Sanskrit oder in irgendeinem anderen exotischen Idiom, das Valiantine nicht beherrscht. In der erwähnten Sitzung im Privatzirkel erklang plötzlich eine Stimme aus dem Trichter, die sich als der kürzlich verstorbene große Erfinder Thomas Alva Edison zu erkennen gab. Die Stimme erklärte, daß der Mann, der Edisons Lebenswerk fortsetzen soll, noch nicht gefunden worden sei und erst im Jahre 1935 auf den Plan treten werde. Es ist interessant, daß die Stimme auf einer Grammophonplatte aufgenommen wurde, die nach Amerika geschickt werden wird. Edisons Verwandte sollen dann entscheiden, ob sie die Stimme als die des genialen Erfinders agnoszieren können. Edisons Stimme aus dem Jenseits auf einer Grammophonplatte im Diesseits aufgenommen! Fabelhafter Rekord der Spiritisten. Ob sie dies wohl selbst glauben?

Parteilose Frauenpartei gegen die „degenerierten Männer"

Die parteilosen Frauen wollen zur Rettung der Situation ins Parlament! Führerinnen der Frauenbewegung haben in Verbindung mit einigen bekannten Schriftstellerinnen die kühne Behauptung aufgestellt, an allem Unglück der Welt seien die einseitig intellektuellen Männer schuld. Besonders in der Politik hätten die gefühlsarmen degenerierten Männer vollständig versagt! Daher sei die nunmehr erfolgte Gründung einer überparteilichen Frauen-Partei die dringende Notwendigkeit gewesen. Das soeben zur Welt gekommene jüngste „Baby" in der politischen Kampfarena nennt sich „Idealistische Bewegung Deutschlands" (IBD.). Seine Wiege steht in Stuttgart. — Die Kampfparole lautet: „Schluß mit der egoistischen, materialistischen Interessenpolitik der Männer! Es lebe die ideale Menschheits- und biologische Kulturpolitik der evolutionären Frauen!" — Jetzt wirds gleich besser werden!

Tsitsikar, der Schlüssel der Nordmandschurei

Die Stadt Tsitsikar, die jetzt nach den Kämpfen an der Nonnibrücke von japanischen Truppen besetzt worden ist, unterscheidet sich, obwohl sie die Hauptstadt einer der größten Provinzen Chinas ist, äußerlich in nichts vom Typus einer bescheidenen chinesischen Landstadt. Die Provinz Heilungkiang, etwa so groß wie Deutschland, wird zwar von einem der wichtigsten Schienenstränge Asiens durchschnitten, einem Teilstück der sibirischen Bahn Moskau—Wladiwostok, ist aber großenteils noch sehr wenig erschlossen und teilweise sogar noch fast unerforscht. In den letzten Jahren hat allerdings infolge von Bürgerkriegen, Hungersnot und Uebervölkerung aus anderen Teilen Chinas eine Masseneinwanderung chinesischer Bauern in dieses entlegene nördlichste Gebiet Chinas stattgefunden, und die damit Hand in Hand gehende sprunghafte Steigerung des Wirtschaftslebens hat auch das verträumte Städtchen Tsitsikar, das heute etwa 60 000 Einwohner zählt, aus jahrhundertelangem Schlaf geweckt.

Die in den letzten Tagen ebenfalls viel genannte Station Angangki ist der Knotenpunkt der Ostchinesischen Eisenbahn mit der südlichen Zubringerstrecke, die zu der in japanischem Besitz befindlichen Südmandschurischen Bahn Verbindung hat. Unweit Angangki überschreitet sie auf mächtiger Brücke den Nonni. Eine Kleinbahn mit schlechten, ächzenden Wagen führt von Angangki 30 Kilometer nördlich durch graue öde Steppe zur Hauptstadt Tsitsikar und seit 1929 noch 200 Kilometer weiter nach Keschan. Ihre geplante Weiterführung nach Aigun wird den neuen Siedlungsgebieten der Nordmandschurei, wo sich auch reiche Bodenschätze finden, den Anschluß an den Dampferverkehr auf dem Amurstrom bringen. So liegt Tsitsikar, das auch von großen Dschunken auf dem Nonni angelaufen wird, nahe dem Schnittpunkt der wichtigsten Verkehrswege der Nordmandschurei und bildet das Einfallstor zu den in Erschließung begriffenen zukunftsreichen Gebieten des Nordens. Daraus ergibt sich die strategische Bedeutung der Stadt bei einem Zwischenfall wie dem jetzigen. Von hier aus ist die Ueberwachung der ganzen Nordmandschurei, die Sperrung ihres Lebensnerves, der Ostchinesischen Eisenbahn mit ihren Zweigbahnen, am leichtesten möglich. Dies mag, vom militärischen Gesichtspunkt aus die Japaner zu ihrem raschen Zugriff auf die Stadt veranlaßt haben.

Wie in allen größeren alten Verwaltungssitzen in China ist auch in Tsitsikar das rechteckig angelegte Verwaltungsviertel, die frühere Mandschustadt mit dem Yamen, von der Wohn- und Handelsstadt durch eine Mauer mit turmgekröntem Tore getrennt; dagegen sind die Außenmauern der Stadt verfallen. Jenseits der Bahn ragen die beiden hohen Masten der Funkstation, einer der ersten im Innern Chinas errichteten, als Wahrzeichen des modernen China. Trotz der mittelalterlichen Mauern ist das Stadtbild im ganzen recht langweilig. Ein Stückchen Romantik findet sich nur in den engen Seitengassen, in denen auch die heimlichen, unheimlichen Opiumkneipen und die zahlreichen armseligen Teehäuser liegen. Ein besonders enges, winkliges und ärmliches Viertel liegt unweit vom Bahnhof, der heutige Wohnsitz einer Anzahl von Mandschufamilien, einer der wenigen Orte in der Mandschurei, wo es noch geschlossen wohnende Mandschu gibt. Denn von diesem aussterbenden einstigen Eroberervolke sind nur noch geringe Reste übrig. Die zopftragenden Bettler, die man als lebende Ueberbleibsel aus der Zopfzeit Chinas gelegentlich hier und in anderen mandschurischen Städten noch trifft, sind ebenfalls Mandschu. Ihre Vorfahren haben, einst ein frohes, freies Kriegervolk, vor 280 Jahren die Festung Tsitsikar gegründet in Abwehr der russischen Kosaken, die vom Amur bis hierher ins Herz des Landes vorgedrungen waren. Heute erleben die letzten Mandschu wieder den Einfall fremder Eindringlinge und den Kampf um die Nordmandschurei, in dessen Brennpunkt heute Tsitsikar steht.

Vom Pforzheimer Schauspielhaus

Neuenbürg, 23. November.

„Mademoiselle Docteur". Ein Bühnenstück nach Berndorffs „Spionage" von O. A. Palitzsch

Der Schriftsteller hat es hier dem Dramatiker leicht gemacht. Die von Berndorff in seinem Buche romanhaft aufrisierten und außerordentlich spannend geschilderten Erlebnisse der „Mademoiselle Docteur" hat Palitzsch in ihrer Hauptsächlichkeit herausgegriffen, dialogisiert und auf die Bretter gestellt. Das, aber auch nur das, ist sein Verdienst. Im übrigen bleibt er immer Plagiator, und darum ist in vielem das Buch, das nunmehr seine 63. Auflage erreichte, packender denn seine Bühnengestaltung. Das Buch-Schicksal der Annemarie Lesser (die Wirklichkeit war viel, viel nüchterner) ist zu bekannt, als daß eine Inhaltswiedergabe hier zu rechtfertigen wäre. Das neue Bühnenwerk, das erst vor wenigen Wochen am Landestheater in Stuttgart seine Uraufführung erlebte, steht und fällt mit der Trägerin der Titelrolle. Daß es steht, auf beide Beinen steht, dafür hat Minny Jonstorff Sorge getragen. Diese Rolle scheint ihr förmlich auf den Leib geschrieben. Anfänglich (in der Hotelszene) noch verhaltend spielend, wuchs ihre Darstellung von Bild zu Bild. Ausklingend in die geistige Umnachtung der vom Morphium verwüsteten Abenteuerin gab sie die mit Energie, Geist und Geistesgegenwart um jeden Einsatz spielende tollkühne Frau überzeugend wieder. Der reiche Beifall bei Vorhangschluß galt und gebührte ihr. Neben ihr verdienen besondere Erwähnung Franz Otto (Mathesius) und dessen kaltschnäuzige, nur der Sache geltende Bestimmtheit, und Willy Moog (Coudoyanis), dessen Gefängnisszene kaum zu überbieten ist. Felix Silchermanns Wynaukt hat gewisse Schwächen, nicht nur die der Uniform. Aus der Reihe der sonstigen Mitwirkenden seien noch genannt: Müller, Aepach, Bonner, Lichtweiß, Schoderböck, Sertel, Rech und Frank (wenn er nicht mehr singen kann, bleibt er immer noch ein guter Schauspieler). Direktor Müllers Regie bewährte sich aufs neue. Besonders gelungen sind die Bilder: belgische Landstraße, das französische Feldlazarett und das Schlußbild. Abgesehen von einigen unbedeutenden Mängeln war auch diese Erstaufführung ein Glied in der Kette der Erfolge der neuen Theaterspielzeit. fw.

Sportecke.

Fußball. (Stand der Tabelle der Bezirksliga in der Gruppe Württemberg.) Auch nach den Spielen am letzten Sonntag ist die Lage in der Gruppe Württemberg mehr denn je ungeklärt. In der Meisterschaftsfrage stehen nunmehr F. Pforzheim, Union Böckingen und V. f. B. Stuttgart am günstigsten, während sich in der Abstiegsfrage für die Stuttgarter Kickers, trotzdem sie noch am zweitletzten Platz liegen, die Lage ein wenig gebessert hat. Auch für Birkenfeld sieht es wieder besser aus, doch sind sowohl die Kickers wie auch Birkenfeld noch keineswegs gesichert. Allgemein wurden am letzten Sonntag alle Fußball- und Handballspiele, auch die der Turner, auf 2 Minuten zum Gedächtnis der Toten unterbrochen.

* *

Schwimmen. Bei dem Gedächtnisschwimmen des Berliner Schwimmklubs 1884 brachte die wichtigste Konkurrenz, das 100-Meter-Brustschwimmen, eine glänzende Leistung des Göppingers Schwarz. Er schwamm die Strecke in der neuen deutschen Rekordzeit von 6,03 Minuten und siegte mit 13 Sekunden Vorsprung vor dem deutschen Meister Wittenberg-Berlin und einer Bahnlänge Vorsprung von Künninger-Leipzig.

Neuenbürg, den 23. Nov. 1931.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohltuender Teilnahme anläßlich des Hinscheidens unserer lieben Mutter

Rosa Lempp,

Pfarrers-Witwe,

sagen wir auf diesem Wege wärmsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Arnbach, den 23. Nov. 1931.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Rosine Hermann,

geb. Höll,

Amtsdieners-Witwe,

heute morgen um 1/2 2 Uhr nach langem, schwerem Leiden im Alter von beinahe von 78 Jahren in dem Herrn sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Neuenbürg.

Bitte um Weihnachtsgaben.

Für die **Samariterhäuser** sowie für die zahlreichen sonstigen **Anstalten der Inneren Mission** erlaube ich mir, wie alljährlich, um Gaben zu bitten.

Ebenso werden Weihnachtsgaben für unsere **Kleinkinderschule** und unsere **Kinderkirche** dankbar entgegengenommen.

Neuenbürg, den 20. November 1931.

Dekan Dr. Megerlin.

Zwangsversteigerung.

Im Zwangsweg wird am **Mittwoch den 25. ds. Mts.,** vormittags 10 Uhr, in **Feldrennach**

1 Kleiderschrank

öffentlich gegen Barzahlung versteigert. Zusammenkunft beim Rathaus.

Ferner vormittags 11 Uhr in **Pfinzweiler:**

1 Büfett.

Zusammenkunft beim Schulhaus.

Nachmittags 1 Uhr in **Conweiler:**

1 Sofa, 1 Schreibtisch, 1 runder Tisch, 10 Hühner und 1 Hahn.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieher **Keidel.**

Inserate heben den Umsatz!

Suche zirka 50 Zentner gut eingebrachtes

Ackerheu und Oehmd.

Angebote mit Preisangabe sind zu richten unter Nr. 200 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Stempel-Kissen

und

Stempel-Farbe

stets vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg.

Inh.: **Fr. Biesinger**

Rechnungen

Briefbogen

überhaupt alle Drucksachen für den Geschäfsbedarf liefert die

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inhaber: Fr. Biesinger

Neuenbürg

Fernsprecher S. A. 404

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw